



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,



wie jedes Jahr im Sommer möchten wir Sie über wesentliche Entwicklungen der Gummersbacher Stadtpolitik informieren und über die Arbeit der SPD Gummersbach Rechenschaft ablegen.

Fast schon traditionell spielt die Frage nach der Zukunft des Stadttheaters eine wichtige Rolle in der Gummersbacher Politik. Für uns als SPD stand in der langen Diskussion immer fest, dass der Weiterbetrieb von drei wesentlichen Faktoren abhängt. Erstens bedarf es einer neuen programmatischen Ausrichtung des Theaters, die auch über einen längeren Zeitraum ein breitgefächertes Publikum anspricht. Zweitens ist für uns angesichts der Haushaltslage unserer Heimatstadt klar, dass der umfangreiche Sanierungsbedarf des Gebäudes nicht von Gummersbach allein finanziell gestemmt werden kann. Vielmehr ist eine deutliche finanzielle Unterstützung seitens des Landes Nordrhein-Westfalen notwendig. Drittens sehen wir auch hinsichtlich des zukünftigen Betriebes und der deutlich steigenden Betriebskosten den Oberbergischen Kreis in der Pflicht, weil das Gummersbacher Theater auch eine überörtliche Bedeutung hat. Das wird auch dadurch deutlich, dass durchschnittlich mehr als fünfzig Prozent der Besucher aus den umliegenden oberbergischen Kommunen kommen.

Angesichts dieser Faktoren ist es ein Glücksfall, dass die frühere SPD-geführte Landesregierung umfangreiche Mittel für eine sogenannte REGIONALE 2025 in unserem Gebiet bereitgestellt hat. Dieses Projekt bietet die Chance, dass die von uns gestellten Anforderungen berücksichtigt werden.

Deshalb hat die SPD Gummersbach in der Ratsitzung am 29. Mai einer Bewerbung für diese Regionale zugestimmt. In Kürze wird eine Lenkungsgruppe zu diesem Thema ins Leben gerufen, in der sich die SPD dafür einsetzen wird, dass das Theater unter diesen Bedingungen eine Zukunft hat.

In der gleichen Sitzung am 29. Mai hat der Rat – auch mit den Stimmen der SPD – den neuen Schulentwicklungsplan beschlossen. Es ist ein wichtiges Anliegen der SPD, für die Schülerinnen und Schüler möglichst viele verschiedene und gut ausgestattete Schulformen anzubieten. Deshalb bekennt sich die SPD auch zu den neun Grundschulstandorten und den vier weiterführenden Schulen, also der Gesamtschule Derschlag, dem Lindengymnasium und den beiden Realschulen auf dem Hepel und dem Steinberg.

Bei den Grundschulen hat der Rat zusätzliches Geld aus dem Haushalt zur Verfügung gestellt, um die Ausstattung zu verbessern. Hiervon werden alle neun Grundschulen in einem Zeitraum von drei Jahren profitieren. Die beiden Realschulen erfreuen sich einer großen Beliebtheit, sodass auf dem Hepel drei zusätzliche Klassenräume gebaut wurden. Die Gesamtschule wird derzeit aufwendig saniert und attraktiver gestaltet. Die hier aufgewandte Summe in Höhe von vier Millionen Euro stammt noch aus dem von der früheren SPD-Landesregierung auf den Weg gebrachten Programm „Gute Schule 2020“. Die Gesamtschule Derschlag ist aufgrund ihres integrativen Ansatzes ein unverzichtbarer Bestandteil der Gummersbacher Schullandschaft. Auch das Lindengymnasium ist durch die zurückliegende Sanierung beider Gebäude und den Bau des Lindenforums hervorragend ausgestattet. Außerdem bereitet sich das Gymnasium tatkräftig auf die Rückkehr zu G9 vor. Zum jetzigen Zeitpunkt soll das Gymnasium beim gebundenen Ganztag verbleiben, wenn Eltern, Schüler und Lehrer aber den Halbtags wünschenswerten, sind wir für Gespräche offen.

Wir Sozialdemokraten setzen uns weiterhin dafür ein, dass in Gummersbach ein breites Schulangebot aufrecht erhalten wird, das den verschiedenen Anforderungen und Bedürfnissen unserer Kinder Rechnung trägt. Dieses umfangreiche Angebot kann aber langfristig nur dann bestehen bleiben, wenn es auch entsprechend genutzt wird.

In unserem letzten Bürgerbrief haben wir die unzureichende Jugendhilfeplanung der Stadt Gummersbach kritisiert. Die Themen, die im Jugendhilfeausschuss auf der Tagesordnung stehen, sind von besonderer sozial- und familienpolitischer Bedeutung für die Stadt Gummersbach. Doch unsere Beharrlichkeit hat sich ausgezahlt. Inzwischen hat die Verwaltung eine deutlich detailliertere Planung vorgelegt. Aufgrund dessen wurde in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19. Juni festgestellt, dass in unserer Stadt perspektivisch 40 KiTa-Plätze für 2019 fehlen. Wir werden darauf achten, dass KiTa-Plätze in ausreichender Zahl wohnortnah und möglichst dem Elternwunsch entsprechend in Gummersbach zur Verfügung stehen.

Für die allgemeine Finanzpolitik in unserer Stadt gelten bis 2021 weiterhin die Vorgaben des Stärkungspaktes des Landes Nordrhein-Westfalen. Ein wichtiger Punkt ist dabei, dass bis zum Haushaltsjahr 2018 ein ausgeglichener städtischer Haushalt – also die „schwarze Null“ – erreicht werden muss. Bereits beim Jahresabschluss 2017 wurde ein Überschuss von 878.000€ erzielt, ursprünglich war ein Defizit von 4,8 Mio.€ geplant. Diese sehr erfreuliche Entwicklung geht hauptsächlich auf die sprudelnde Gewerbesteuer zurück, die rund 5,3 Mio.€ über dem Planansatz lag. Also wurde das Ziel des Stärkungspaktes schon ein Jahr früher als gefordert erreicht. Wir als SPD haben von Anfang an dafür geworben, die Möglichkeiten des Stärkungspaktes zu nutzen und sehen uns nun bestätigt, dass dies die richtige Entscheidung war. Allerdings wird es nun von großer Bedeutung sein, dass die Landesregierung eine Art Altschuldenfonds einrichtet, um die Kommunen signifikant zu entlasten. Denn trotz „schwarzer Null“ oder leichtem Einnahmeüberschuss plagt die Stadt Gummersbach ein enormer Schuldenberg.

Die langfristigen Kredite häufen sich auf rund 85 Mio.€, die kurzfristigen Kredite liegen bei rund 88 Mio.€. Dies ergibt in der Summe Gesamtschulden in Höhe von etwa 170 Mio.€. Ohne einen Altschuldenfonds droht die Verschuldensspirale wieder von vorne zu beginnen, und die durch den Stärkungspakt erreichten Erfolge wären akut bedroht. Deshalb hat sich die SPD im Landtag von Nordrhein-Westfalen schon gute Gedanken gemacht und bereits vor Monaten einen entsprechenden Antrag gestellt. Leider hinkt die CDU-geführte Landesregierung hier deutlich hinterher. Wir fordern, dass zu diesem wichtigen Thema bald eine Perspektive entwickelt wird.

In der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 05.07.2018 wurde die aktuelle Haushaltsentwicklung im laufenden Jahr 2018 vorgestellt. Dabei zeigte sich leider, dass die wichtigen Gewerbesteuereinnahmen bisher deutlich hinter den Erwartungen zurückbleiben. Zurzeit beträgt die Nettoverschlechterung circa 4,5 Mio.€. Es bleibt zu hoffen, dass bis zum Jahresende 2018 dieser Negativtrend noch umgekehrt oder zumindest gestoppt werden kann.

Wir freuen uns, Ihnen mit diesen Informationen einen hoffentlich interessanten Einblick in unsere Ratsarbeit gegeben zu haben und laden Sie herzlich ein, sich jederzeit mit Ihren Fragen, Anregungen und Wünschen an uns zu wenden.

Ich wünsche Ihnen noch eine schöne Sommerzeit.

Mit freundlichen Grüßen

Jessica Gogos

JESSICA GOGOS

Goebenstraße 12 • 51643 Gummersbach

Tel: 0 22 61-47 99 43

jessica.gogos@spd-gummersbach.de

www.spd-gummersbach.de  [facebook.com/spdgm](https://www.facebook.com/spdgm)